

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: C. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: S. Schmiedehaus, sammtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthail: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gull, Ad. Schell, Hoflief., Gr. Gerber- u. Breitestr. - Ecke, Otto Niesisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in Gnesen bei S. Chaykowski, in Meseritz bei Ph. Kallbas, in Breschen bei J. Jachobn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Pande & Co., Saalstraße 6 Bogler, Rudolf Mohr und „Invalidehaus“

Nr. 851

Freitag, 5. Dezember.

1890

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich zwei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspalt über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Zur Frage des Fideikommiss-Stempels.

Während die Blätter aller Parteinrichtungen in der Ansicht einig sind, daß Vorkommnisse solcher Art, wie der Erlaß des Stempels für einzelne Gründungen von Fideikommissen, für die Folge unmöglich gemacht werden müssen, wirft sich die „Kreuzzeitung“ zur Verteidigerin dieser Schenkungen auf, indem sie ausführt, daß der erwähnte Stempel die Errichtung von Fideikommissen verhindere und darum überhaupt verwerflich sei. Das hochkonservative Blatt meint, man müsse Alles fördern, was eine Schuldbelastung des Grund und Bodens durch die Lebenden zum Schaden der Nachkommen verhindere, und dahin gehöre auch die Begründung von Fideikommissen. Es sei nicht weise, Letztere durch Auferlegung einer hohen Stempelsteuer zu erschweren; man solle sie im Gegentheil durch Gewährung von Staatsdarlehen fördern. Von diesem Gesichtspunkt aus müßten die vorgekommenen Stempelsteuer-Erlasse beurtheilt werden, dann „fielen die Phrasen der Vertreter des internationalen Kapitals zu Boden.“

Die Frage der Erhaltung resp. der Neubegründung von Fideikommissen hat mit der in Rede stehenden Angelegenheit gar nichts zu schaffen; sie wird von der „Kreuzztg.“ nur in die Debatte geworfen, um die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Frage abzulenken. Im Uebrigen sei daran erinnert, daß bereits in der Verfassungsurkunde vom Jahre 1850 die Aufhebung der Fideikommissen, resp. deren Umwandlung in freies Eigenthum in Aussicht genommen war. Die Reaktion beseitigte diesen Verfassungsartikel im Jahre 1852. Seitdem haben sich in Preußen die Fideikommissstiftungen nicht vermindert, sondern erheblich vermehrt. Es ist klar, daß durch dergleichen Stiftungen, welche die Vererbung großer Güterkomplexe in einer Familie sicher stellen und die Veräußerung einzelner Bestandtheile derselben verhindern, nur das Uebergewicht des Großgrundbesitzes erhalten und die Entwicklung eines kräftigen Bauernstandes gehemmt wird. Die Fideikommissbesitzer bilden den Kern jener Partei, welche durch ihren Einfluß die Aufrechterhaltung der agrarischen Zölle zum Schaden der allgemeinen Wohlfahrt befördert.

Aber es handelt sich in dem vorliegenden Falle, wie schon gesagt, gar nicht um die Fideikommissen selbst; die Frage, die zur Debatte steht, ist eine Frage der öffentlichen Moral. Die „National-Zeitung“ betont mit vollem Recht, daß Steuer-Erlasse solcher Art rechtlich unstatthaft und sachlich unbegründet sind, und knüpft daran den Wunsch, daß wegen der beteiligten Personen und um des Ansehens des preussischen Beamtenstandes willen wenigstens dargethan werden möchte, daß dabei im guten Glauben an die Zulässigkeit des eingeschlagenen Weges verfahren worden sei. In ähnlichem Sinne hat sich selbst der hochkonservative „Reichsbote“ über die Angelegenheit geäußert. Nur die edle „Kreuzzeitung“, die sonst Anstand und Sitte gleichsam in Erbpacht genommen hat, wirft sich zur Verteidigerin der Herren auf, welche die erwähnte Schenkung in Anspruch genommen haben. Man wird unwillkürlich daran erinnert, mit welcher Schärfe gerade dieses Blatt in den letzten Tagen gegen einen der Mitarbeiter Kochs vorgegangen ist, der sich gegen die öffentliche Moral vergangen haben sollte. Die Angriffe sind, wie es scheint, unberechtigt gewesen; aber wäre das auch nicht der Fall, so müßte sich doch die „Kreuzztg.“ des alten Spruches erinnern: „Was dem Einen recht, ist dem Anderen billig.“ Hier sieht man aber so recht, wie das hochchristliche Blatt mit zweierlei Maß mißt, und es mit der Moral nicht so streng nimmt, wenn es sich um die Interessen der eigenen Partei handelt. In keiner anderen Partei und in keinem Parteiorgan wird Alles, was in den Kreis der öffentlichen Besprechung tritt, mit solcher Rücksichtslosigkeit nach den Parteizwecken umgemodelt, wie gerade bei derjenigen Partei, welche von der „Kreuzztg.“ vertreten wird. Diese Manier kann, auch wenn man sie bereits kennt, doch noch zuweilen in Erstaunen setzen und das ist hier der Fall, wo das Blatt mit einer Sophistik zu Werke geht, die einem Jesuitenblatt Ehre machen würde. Aus dem Verlangen, daß der Stempel für Fideikommiss-Gründungen überhaupt abgeschafft werden möge, wird mit einem wunderbaren Gedankensprunge gefolgert, daß die Herren, die sich den Stempel haben schenken lassen, damit der konservativen Sache im Grunde genommen einen Dienst geleistet und die Erfüllung der von der „Kreuzztg.“ aufgestellten Forderung so zu sagen nur vorweg genommen haben. Davon, daß es sich bei diesen Stempel-Erlässen um eine Umgehung steuerfiskalischer Vorschriften handelt, wird in den weitläufigen Ausführungen des konservativen Blattes gar nicht erst gesprochen.

Sollte die Angelegenheit, was nicht mehr zur vermeiden

sein wird, im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen, so wollen wir der Staatsregierung wünschen, daß sie vor solchen Freunden bewahrt bleiben möge, wie sich ihr in der „Kreuzztg.“ anbieten. Die Sache könnte andernfalls nur noch verschlimmert werden.

Deutschland.

Δ Berlin, 3. Dez. Wir müssen uns leider abermals mit den Zuständen der Börse beschäftigen. Nach einer kurzen Zeitspanne scheinbarer Erholung ist das eingetreten, worauf wir schon vor Wochen hingewiesen haben, nämlich ein verstärkter Wiederausbruch der Krise und ein weiterer außerordentlicher Verlust an deutschem Kapital. Wir erfahren glaubhaft, daß Vorgänge an der Börse im Staatsministerium Gegenstand ernster Erörterung gewesen sind. Der „Reichsanzeiger“ hat vor einigen Tagen auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die dem deutschen Kapitalmarkt durch die ausgedehnten Engagements in fremdländischen, namentlich argentinischen Werthen erwachsen. Das amtliche Blatt des Reichs und Preußens hat an diese Ausführungen den dringenden Wunsch geknüpft, das deutsche Kapital möge sich wieder in verstärktem Grade den inländischen Anlagewerthen zuwenden. Dieser Artikel des „Reichsanzeigers“ kann in seiner akademischen Einseitigkeit natürlich keinen unmittelbaren praktischen Nutzen stiften oder auch nur beanspruchen, daß er besonders beachtet werde. Aber wir sehen doch wenigstens den Versuch von maßgebender finanzpolitischer Seite, das Publikum vor weiterem Schaden zu bewahren. Die Besprechungen im Staatsministerium werden über solche Warnungs- und Währungsversuche hoffentlich hinausgehen. Das Wie entzieht sich unserer Kenntniß, und es giebt in diesem Augenblick wohl auch nicht viele Personen, die sich eine rechte Vorstellung davon machen könnten, wie die Entwicklung des Geldmarkts in günstigem Sinne zu beeinflussen sein würde. Aber eine Frage von größtem öffentlichen Interesse jedenfalls ist es, die in dem jetzigen Zustande der deutschen Börsen und namentlich der Berliner Börse an jeden ernsthaften Politiker herantritt. Wie in London die Geldmittel des Staats für die Erhaltung des Hauses Baring aufgewerbet worden sind, so könnte es wohl noch geschehen, daß die deutsche Reichsbank in Anspruch genommen wird, um drohenden Katastrophen rechtzeitig vorzubeugen. Wir möchten übrigens nach den uns gemordenen Andeutungen bezweifeln, ob es schon so vollständig sicher ist, wie es Anfangs geschienen hatte, daß die Viertelmilliarde neuer Reichsanleihen, die demnächst ausgegeben werden soll, ebenfalls eine dreiprozentige sein wird. Wir hören, daß über den Zinsfuß noch nicht abschließend bestimmt worden ist, was ja allerdings nicht ausschließt, daß doch wieder das unglückselige Experiment mit dreiprozentigen Anleihen gemacht wird. Aber Einflüsse, und zwar sehr gewichtige, sind unter allen Umständen am Werke, um von einer Weiterverfolgung des falschen Wegs abzurathen. — Wie wir erfahren, wird die Abhandlung über Unempfänglichkeit gegen Diphtherie und Starrkrampf, die die morgige Nummer der „Medizinischen Wochenschrift“ bringt, zu dem Schluß gelangen, daß die Immunisirungsversuche zwar beim Thier, nicht aber beim Menschen anwendbar sind, bisher wenigstens. Die Arbeit des Stabsarztes Dr. Behring und des Japaners Kitasato berührt sich also mit Ergebnissen, zu denen auch der Königsberger Prof. Karl Fränkel in der neuesten Nummer der „Klinischen Wochenschrift“ kommt. Der außerordentliche wissenschaftliche Werth aller dieser Forschungen wird kaum dadurch beeinträchtigt, daß der letzte Schritt, nämlich die Anwendbarkeit auf den Menschen, bis jetzt noch unterbleiben mußte. Es ist vor allem die Methode, die sich als der glänzendste Fortschritt darstellt, den die medizinische Wissenschaft seit einem Jahrhundert durchgemacht hat, und diese Methode der bakteriologischen Untersuchung wird als das unvergängliche Verdienst Kochs für alle Zeiten zu gelten haben. Die Aufsätze, die die „Medizinische Wochenschrift“ über weitere Beobachtungen in den Kliniken bringen wird, fügen dem bereits bekannten Bilde kaum etwas Neues zu. — Die Berliner Ortsgruppe des Vereins für Schulreform hat in der letzten Versammlung öffentlich die geringe Vertretung der Ortsgruppe in der Schulreform-Konferenz kritisiert. Von den Mitgliedern ist eines, nämlich der Abg. Freiherr von Schendendorff, berufen. Es wurde mitgetheilt, daß die Ortsgruppe in einem Schreiben an Herrn von Gossler eine stärkere Vertretung ausdrücklich „nicht erbeten, sondern beansprucht“ habe. Herr von Gossler erinnerte in seinem Antwortschreiben daran, daß nicht er, sondern der Kaiser die Schulreform-Konferenz berufen und die einzuladenden Personen ausgewählt habe. Uns erscheint der von den Herren geltend gemachte Anspruch formell unangemessen und materiell unberechtigt. Der Verein stellt eine besonders einseitige Art

der Reformen dar, deren Sache er durch die vielfachen Streitigkeiten im Schoße des Vereins öfter geschädigt hat. Herr von Schendendorff, der von seinen Mitgliedern in die Konferenz berufen ist, hat selbst erklärt, daß er die Bestrebungen des Vereins theile und fördern werde, aber deshalb nicht als dessen Vertreter gelten wolle.

— Die durch den Nachtrag zum diesjährigen Staatshaushalts-Etat herbeigeführte Verbesserung der Gehälter der Unterbeamten hat bekanntlich nicht in einer einfachen prozentualen Erhöhung der bisherigen Gehaltsätze bestanden, es ist vielmehr damit eine wesentliche Vereinfachung und systematische Ordnung der Gehaltsätze verbunden worden. Den Schwierigkeiten, welche sich dabei ergaben, ist nach den „Berl. Pol. Nachr.“ vornehmlich die lange Verzögerung der Vorlegung des bezüglichen Staatshaushaltsetats zuzuschreiben. Noch ungleich größere Schwierigkeiten bietet eine entsprechende Vereinfachung und einheitliche Ordnung der Gehaltsätze der mittleren, an die aufgebesserten Kategorien sich anschließenden Beamtenklassen. Schon dieser Umstand allein würde voraussichtlich eine umfassende Fortsetzung der Gehaltsverbesserungen für 1891/92 ausgeschlossen haben. Es kommt noch hinzu, daß die finanzielle Lage die äußerste Beschränkung auch nach dieser Richtung erheischt. Wenn daher schon aus dem Grunde, um nicht eine gänzliche Unterbrechung der Fortführung der Gehaltsaufbesserungen eintreten zu lassen, auch für 1891/92 eine bescheidene Fortsetzung derselben in Aussicht genommen ist, so wird es sich dabei doch nur um ganz einzelne Beamtenklassen handeln, bei denen das Aufbesserungsbedürfniß dringlich und daher eine ausnahmsweise Behandlung gerechtfertigt erscheint.

— Auch die Lehrer der Technischen Hochschule haben jetzt in der Schulreformfrage eine Kundgebung erlassen, deren wesentlicher Inhalt nach der „Voss. Ztg.“ folgender ist:

„Eine von Seiner Majestät dem Kaiser angebahnte Schulreform steht bevor; eine Kommission von Vertrauensmännern tritt in diesen Tagen im Kultusministerium zusammen, um die Reformfrage zu beraten. Es gilt, zu derselben Stellung zu nehmen. Bekanntlich haben die Professoren der Universität Leipzig: Ludwig Wislicenus, Bruns, Boehm, Cudemann, Hoffmann und Dittwald die öffentliche Erklärung abgegeben, daß die Vorbildung, welche unsere humanistischen Gymnasien geben, für das Studium der Naturwissenschaften und der Medizin wenig geeignet sei, und haben diese Erklärung zur Unterzeichnung an alle Universitätsprofessoren Deutschlands gesandt. Gedachte Erklärung hat bis 14. November 497 Unterschriften gefunden, d. i. mehr als die Hälfte der hier in Betracht kommenden Universitäts-Dozenten für Naturwissenschaft und Medizin. Gegenüber diesen Kundgebungen haben auch die Lehrer der Technischen Hochschulen die Pflicht, mit der Wahrheit nicht zurückzuhalten, indem die Mängel der humanistischen Gymnasialbildung beim Studium an der Technischen Hochschule noch deutlicher hervortreten, als an der Universität. Namentlich erkennbar ist der Mangel an Zeichnungskunst, die dem Techniker so unentbehrlich ist wie das Schreiben und wie dieses einer jahrelangen Vorübung bedarf; ferner die meist ungenügende mathematische und naturwissenschaftliche Vorbildung, welche nicht hinreicht, dem Vortrage am Polytechnikum mit Nutzen zu folgen. Wir sind weit entfernt, die literarischen Genüsse, welche ein gründliches Studium der alten Sprachen gewährt, zu leugnen. Die Schule hat jedoch die Pflicht, den künftigen Techniker zunächst für den Kampf ums Dasein auszubilden, für die erste Arbeit, für das Verständniß der Gegenwart. Wie wenig das klassische Gymnasium dieses vermag, beweist die Thatsache, daß — obgleich Preußen dreimal mehr Gymnasien als Realschulen aufweist — nach eingehenden Untersuchungen des deutschen Ingenieurvereins von den in leitender Stellung befindlichen deutschen Ingenieuren nur 1/3 eine klassische Vorbildung genossen haben, und daß diese in keiner Weise über die anderen hervorgehen, ferner die neuerdings festgestellte Thatsache, daß von den Abiturienten altsprachlicher Gymnasien in Württemberg 1886—1889 nur 2 Proz. in die Technik übergegangen sind. Die Gymnasialvorbildung mag für den Theologen, Philologen, Historiker u. s. w. eine ganz vortreffliche sein, für den Techniker ist sie es nach den jetzt erworbenen Erfahrungen nicht. Angesichts der Thatsache, daß das deutsche Volk zu 33 Proz. aus Gewerbetreibenden, zu nur 5 Proz. aus Männern gelehrter Berufe besteht, bedauern wir, daß Vertreter der technischen Hochschulen, deren Hörer die Industrie, die Grundlage unseres nationalen Wohlstandes, fördern sollen, bei der Schulreformfrage nicht berücksichtigt worden sind.“

— Ueber die heute beginnenden Verhandlungen der Enquete-Kommission für die Reform des höheren Unterrichtswesens hat der „Reichsanzeiger“ bekanntlich Berichte in Aussicht gestellt. Von den Mitgliedern verlangt die vertheilte Geschäftsordnung unbedingte Verschwiegenheit. Es finden sich darin folgende Bestimmungen:

Während der Dauer der Verhandlungen haben die Mitglieder über dieselben ein unbedingtes Geheimniß zu bewahren und weder selbst, noch durch andere eine Mittheilung an öffentliche Blätter gelangen zu lassen. Der Vorsitzende bestimmt, ob oder inwiefern schon während der Verhandlungen eine kurze Uebersicht über ihren Gang zu veröffentlichen ist.

— Nach einer Mittheilung der „Voss. Ztg.“ wird in wohlunterrichteten Kreisen angenommen, der Garnisonprediger,













